



Dr. Bakary Sambe ist Experte für transnationale Netzwerke am Centre d'Etude des Religions der Université Gaston Berger in Saint-Louis, Senegal, und Senior Fellow der European Foundation for Democracy in Brüssel.

DIE KRISE IN MALI

URSPRÜNGE, ENTWICKLUNGEN UND AUSWIRKUNGEN AUF DIE SUBREGION

Bakary Sambe

Das westafrikanische Land Mali ist in einer tiefen Krise. Diese bedroht die territoriale Integrität und damit die Souveränität Malis, hat aber auch gravierende Auswirkungen auf einen Großteil der Sahelzone und Westafrikas. Ein Staatsstreich, ausgelöst durch den Sturz von Präsident Amadou Toumani Touré, hat eine institutionelle Krise ausgelöst, die sich nach der Eroberung Nordmalis durch die Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) zusätzlich verschärft hat. Die Vielzahl der beteiligten Akteure und Gruppierungen, darunter vor allem Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI), erschwert eine Lösung zusätzlich. Erst kürzlich erhielt der Konflikt durch die Gründung der Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika (MUJAO) eine subregionale Dimension. Eine Beilegung des Konflikts in Mali, der die Frage nach der Überlebensfähigkeit des afrikanischen Staats und dem Aufeinanderprallen von Souveränitätsprinzip und transnationalen nicht-institutionellen Akteuren aufwirft, stellen die Subregion vor vielfältige Herausforderungen.

BESTANDSAUFNAHME: EINE VERWORRENE POLITISCHE UND SICHERHEITSPOLITISCHE LAGE

Am 17. Januar 2012 wurden die malischen Streitkräfte im Zuge eines bewaffneten Aufstands aus dem Norden des Landes vertrieben. Am 22. März wurde Präsident Touré gestürzt. Nach diesen beiden Ereignissen hat sich der Zentralstaat binnen kürzester Zeit aufgelöst. Unmittelbar nach Ausbruch der Krise in Mali stellte sich die Frage einer externen Militärintervention mit all ihren Risiken und Unwägbarkeiten. Einige Beobachter sind der Auffassung, die internationale Gemeinschaft solle die Krise möglichst auf dem

Verhandlungsweg beilegen. Andere meinen, es obliege der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), sich unter Berücksichtigung der sozialen Kräfteverteilung um eine Schlichtung zu bemühen, um die Gräben in der malischen Gesellschaft nicht weiter zu vertiefen. Das vorrangige Ziel bestehe zunächst darin, den politischen Institutionen neue Glaubwürdigkeit zu verleihen. Damit solle nicht zuletzt Zeit gewonnen werden, um die durch den Staatsstreich und die Besetzung Nordmalis zutiefst erschütterte staatliche Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen. Eine Vielzahl westafrikanischer Entscheidungsträger befürwortet konzertierte Sicherheitsvorkehrungen auf gesamtafrikanischer Ebene, um zu verhindern, dass Nordmali unter dem Einfluss bewaffneter Gruppierungen zu einem weiteren Schauplatz im Krieg gegen den Terror wird.

Der von der ECOWAS nach zähen Verhandlungen mit der Militärjunta unter Führung von Hauptmann Amadou Haya Sanogo vereinbarte Rahmen für die Machtübergabe hat bislang nicht zur Entstehung einer unumstrittenen politischen Ordnung geführt. In der Zwischenzeit bemüht sich das Militär um die Sympathien bestimmter gesellschaftlicher Schichten, indem sie sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung Touré zunutze macht. Selbst der gegenwärtige Übergangspräsident Dioncounda Traoré tut sich schwer, das negative Image der Touré-Regierung zu überwinden, das ihm paradoxerweise anhaftet. Vor dem Staatsstreich im vergangenen März war Traoré Parlamentspräsident gewesen. Am 21. Mai 2012 wurde der Präsidentenpalast auf dem Koulouba-Hügel angeblich von Anhängern der Putschisten gestürmt. Sie attackierten den Übergangspräsidenten physisch, der daraufhin zur medizinischen Behandlung nach Frankreich gebracht wurde. Angesichts massiver Auflösungserscheinungen des Militärapparats vor dem Hintergrund einer gleichzeitigen Schwächung der Übergangsregierung unter Premierminister Cheick Modibo Diarra ist an eine Wiederherstellung der territorialen Integrität durch die malischen Streitkräfte nicht zu denken. Sämtliche Militärexperten der Region sind sich darin einig, dass eine derartige Wiederherstellung Risiken birgt, die über das malische Staatsgebiet hinausreichen und so das Kräftegleichgewicht in der Subregion in Mitleidenschaft ziehen könnten.



Tuareg-Rebellen in Mali: Der Präsident hat nicht erkannt, dass seiner Armee nach dem Krieg in Libyen besser ausgerüstete Tuareg-Truppen gegenüberstehen würden. | Quelle: Magharebia / flickr (CC BY).

Im Norden des Landes ist die Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) politisch so gut wie aufgelöst. Sie wurde von einer bewaffneten islamistischen Gruppierung unter Führung von Iyad Ag Ghali verdrängt, eines Tuareg-Chefs, der sich für seine Ausgrenzung bei Gründung der MNLA rächen will. Ag Ghali, Anfang der 1990er Jahre Anführer der Tuareg-Rebellion und 2009 von Touré zum malischen Vizekonsul in Dschidda ernannt, hat sich schrittweise der Religion zugewandt und dabei zunehmend fundamentalistische Positionen übernommen. Der etwa 50-Jährige gehört zum Stamm der Ifoghas, die in der Region Kidal leben. Mit Unterstützung von Al-Qaida-Kräften im Islamischen Maghreb (AQMI) ist es ihm gelungen, die Stadt Timbuktu zu erobern und den Norden des Landes unter die Kontrolle der von ihm angeführten Gruppe Ansar Dine zu bringen. Nach dem 3. April soll einer der mutmaßlichen Anführer der AQMI, Mokhtar Belmokhtar (genannt „der Einäugige“), in der Stadt gesichtet worden sein. Gerüchten zufolge, die damals von einem geistlichen Würdenträger Timbuktus dementiert wurden, sollen sich die wichtigsten Anführer der AQMI – Abu Zeid, Belmokhtar und Yahya Abu Al-Hammam – im Sahel mit den Imamen der drei größten Moscheen der Stadt getroffen haben.

Um seine Position zu festigen, hat Iyad Ag Ghali schon bald die Imame von Timbuktu um ihre Unterstützung bei der Einführung der Scharia gebeten. Die Strategie von Ansar Dine ruft Erinnerungen an die afghanischen Taliban wach. Die Milizen unter Ag Ghali haben mithilfe der AQMI zügig die Ordnung wiederhergestellt und die Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt, um als neue „Retter“ eines Nordmali aufzutreten, das lange Zeit nur ein Schattendasein fristen durfte.

Auf diese Weise konnte der Anführer von Ansar Dine mit verschiedenen bewaffneten Akteuren paktieren, die bereits vor Ort waren: mit den arabischen Milizen und Vertretern der Tuareg, die in der Vergangenheit mit Unterstützung der Regierung in Bamako operierten, vor allem aber mit der AQMI, die für zahlreiche Entführungen und Ermordungen westlicher Staatsbürger in Mauretanien, Mali und Niger verantwortlich zeichnet. Neben wiederholten Angriffen gegen die regulären Streitkräfte der Region ist Al-Qaida im Islamischen Maghreb vor allem in diverse illegale Geschäfte sowie in grenzüberschreitende Kriminalität verwickelt.

Aus diesem Grund sehen zahlreiche Beobachter das ausgedehnte Gebiet Nordmalis als potenziellen Schlupfwinkel für Dschihad-Kämpfer jeglicher Couleur. Die Auflösung des malischen Machtapparats nach dem Sturz von Präsident Touré hat solche Entwicklungen sicherlich erleichtert. Die Mannschaften von Ansar Dine haben die logistischen Strukturen der AQMI genutzt, um weiterhin mobil zu bleiben. Sicherheitskreise berichten von mehreren westafrikanischen Ausländern, die bereits in dschihadistischen Trainingslagern in Nordmali ausgebildet würden. Obwohl sich die Situation im Juli leicht beruhigte, scheint das islamistische Vorhaben einer vollständigen Besetzung Malis nun erneut aktuell zu sein. Nachdem die malischen Streitkräfte den Norden des Landes völlig aufgegeben haben, stellt die AQMI für die Anrainerstaaten eine akute Bedrohung dar. Noch im Sommer 2011 schien die AQMI nach Kämpfen mit malischen und mauretani-schen Truppen in ihre Rückzugsgebiete in der Sahelzone zurückgedrängt worden zu sein. Gegenwärtig verfügt sie jedoch über das Potenzial, um auch in Mauretanien zu intervenieren, das für die AQMI im Sahel schon immer ein

Obwohl im Juli eine gewisse Ruhe einkehrte, scheint das islamistische Vorhaben einer vollständigen Besetzung Malis nun erneut aktuell zu sein. Auch für die Anrainerstaaten stellt die AQMI eine akute Bedrohung dar.

bevorzugtes Ziel war. Wenn Ansar Dine das gesamte Land unter ihrer Kontrolle hätte, könnte sie ihren Verbündeten Rückzugspunkte bereitstellen, um im Senegal, in Burkina Faso oder auch in der Elfenbeinküste militärisch zu agieren. Diese verworrene Situation, die zu einer Destabilisierung der gesamten Subregion führen könnte, ist auf verschiedene historische und politische Faktoren zurückzuführen.

URSPRÜNGE DER POLITISCHEN SCHWÄCHE MALIS

Wie alle ehemaligen Kolonialstaaten hat auch der Staat Mali mit einem politischen Erbe zu kämpfen, das seinen territorialen Zusammenhalt eher gefährdet. Dazu kommen ethnische Faktoren, die einer harmonischen Zusammenführung aller Teile des Staatsgebietes entgegenstehen.

Die ungelöste Nomadenfrage

Mali sieht sich mit dem Problem der Homogenisierung konfrontiert, das sich aufgrund der politischen Form des Nationalstaats stellt. Das Prinzip einer abstrakten Staatsbürgerschaft kam angesichts der historischen Lasten (Sklaverei, Kolonialismus usw.) und des durch künstliche Grenzziehungen

bedingten Verlusts sozio-ökonomischer Strukturen im Kern nie zum Tragen. Bei ihrer Entlassung in die Unabhängigkeit haben die Länder Afrikas das Prinzip einer „Unverletzlichkeit der kolonialen Grenzen“ übernommen. Unbeantwortet blieb die Frage, wie die

verschiedenen Bevölkerungsgruppen und ihre unterschiedlichen soziopolitischen Realitäten miteinander vereinbart werden konnten. Als die Sahelzone und damit auch Mali in den 1970er Jahren von einer Reihe von Dürreperioden heimgesucht wurde, fühlten sich die von der Katastrophe am stärksten betroffenen Bevölkerungsteile von der Zentralregierung ausgegrenzt und im Stich gelassen.

Als Mali in den 1970er Jahren von Dürreperioden heimgesucht wurde, fühlten sich die von der Katastrophe am stärksten betroffenen Bevölkerungsteile von der Zentralregierung ausgegrenzt.

In Mali sind davon in erster Linie die Stämme der Tuareg betroffen. Als Nomaden fühlen sie sich nicht an „künstliche“ Staatsgrenzen gebunden, sondern bevölkern ein Territorium, das sich weit über das offizielle Staatsgebiet hinaus erstreckt. Die Aufsplitterung dieser Bevölkerungsgruppe auf mehrere Nachbarstaaten verschiedener Ethnien fand keine Berücksichtigung, als die Zentralverwaltung

des unabhängigen Mali eingerichtet wurde. Der malische Staat hat letztlich von Anfang an versäumt ein sozioökonomisches Modell zu entwickeln, um den Unterschieden und den je eigenen Bedürfnissen der zahlreichen Ethnien innerhalb der malischen Bevölkerung gerecht zu werden. Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen haben gemeinsam mit der von den Geldgebern geforderten Strukturanpassung zu einer Verschärfung dieser Situation beigetragen. Bereits in den 1960er Jahren kam es im von Tuareg bevölkerten Nordteil des Landes zu einem Aufstand, bei dem die ethnische Nähe zur Bevölkerung in den Grenzgebieten zu Niger, Lybien und anderen Ländern eine entscheidende Rolle spielte. Unter Muammar Gaddafi wurden derartige Proteste von libyscher Seite massiv unterstützt. Die grenzübergreifenden Bewegungen führten zu einer Schwächung der betreffenden Staaten und zur Entstehung rechtsfreier Räume, die sich der jeweiligen staatlichen Ordnung entzogen (Mali, Niger, Mauretanien). Die Lage in Mali wird darüber hinaus durch eine besondere politische Instabilität und mangelnde Kontinuität zusätzlich verkompliziert, auch wenn die Hoffnung auf eine erfolgreiche demokratische Entwicklung des Landes bis heute ungebrochen ist.

Bereits in den 1960er Jahren kam es im von Tuareg bevölkerten Nordteil des Landes zu einem Aufstand, der auf der ethnischen Nähe zur Bevölkerung in den Grenzgebieten von unter anderem Niger und Libyen basierte.

Mali: Krisen und Widersprüche einer im Entstehen befindlichen „Demokratie“

1991 wurde der Diktator Moussa Traoré vom damaligen General Amadou Toumani Touré gestürzt, gemeinhin bekannt unter seinen Initialen ATT. Dieser ebnete den Weg zu einem für den afrikanischen Kontinent beispielhaften Demokratisierungsprozess. In der Folge dieses Umbruchs und der Wahlen, bei denen ATT nicht kandidierte, gelangte Alpha Oumar Konaré auf demokratischem Weg an die Macht und führte sodann die Staatsgeschäfte Malis für die maximale Dauer von zwei Amtsperioden. In dieser Zeit gehörte Mali zu den wenigen demokratischen Staaten Afrikas.

Durch die Wahlen 2002 gelangte ATT wieder an die Macht, nachdem sein freiwilliger Rückzug aus der Politik seinerzeit internationale Anerkennung gefunden hatte. Er betrieb eine Dezentralisierungspolitik, gewährte einigen Regionen eine größere Autonomie und unterzeichnete Friedensabkommen

mit Vertretern der Tuareg-Bevölkerung. Doch die Proteste ließen nicht nach, trotz aller Abkommen, insbesondere der Vereinbarung über eine Integration der Tuareg-„Rebellen“, die in einem für alle Parteien zufrieden stellenden Klima des Vertrauens entwaffnet worden waren. Die Lage verschlechterte sich zunehmend und externe Einflussfaktoren gesellten sich zu den innenpolitischen Schwierigkeiten. Schon bald wurden die mit der Kontrolle eines derart großen Staatsgebiets verbundenen Probleme erneut offenbar, diesmal verschärft durch die Desertion vormals integrierter Tuareg-Rebellen aus der malischen Armee.

Libyen wurde von den Kämpfern der MNLA schon seit jeher als natürliches Rückzugsgebiet angesehen. Dies erklärt auch das Engagement der Tuareg innerhalb der Gaddafi-treuen Truppen.

Der Ausbruch des libyschen Bürgerkriegs kompliziert die Lage zusätzlich, da das Land von den Kämpfern der MNLA schon seit jeher als natürliches Rückzugsgebiet angesehen wurde. Dies erklärt auch das Engagement der Tuareg innerhalb der Gaddafi-treuen Truppen. Die Rückkehr dieser Kämpfer nach Mali wurde von einigen Beobachtern als Zeichen der politischen Schwäche ATTs gewertet. Andere hielten es dagegen für nachvollziehbar, dass der malische Präsident auf eine Befriedung und Versöhnung hinarbeite. ATT ahnte allerdings nicht, dass seine Armee schon bald einer Vielzahl hochbewaffneter und deutlich besser ausgerüsteter Tuareg gegenüberstehen würde. All diese Punkte haben ihren Beitrag zu dem offensichtlich mangelhaften Umgang mit der Tuareg-Frage geleistet, vor allem angesichts einer durchweg fehlenden Investitionsbereitschaft in den Norden des Landes (im Unterschied beispielsweise zum Niger).

In der Folge zeigten sich die Schwächen einer aus dem Gleichgewicht geratenen Armee: Unter ATT sollten etwa 50 von der Regierung relativ „verwöhnte“ Generäle, die noch nie ein Schlachtfeld aus der Nähe gesehen hatten, eine schlecht versorgte, vernachlässigte und für die Größe des Landes unzureichend ausgestattete Truppe führen.

Dies erklärt hauptsächlich das militärische Debakel im Kampf mit den MNLA-Rebellen. Die Frage stellt sich, ob ATT dies nicht bedacht hatte, als er die Veteranen des libyschen Bürgerkriegs in einem Triumphzug nach Mali zurückkehren ließ, während die libyschen Anrainerstaaten Niger und Tschad eine Entwaffnung der auf dem Rückzug befindlichen

schwer bewaffneten Truppen vornahmen. Dass sich ATTs Mandat seinem Ende näherte, erklärt möglicherweise den offensichtlichen Mangel an Weitblick. Für den weiteren Verlauf der Krise, die soeben erst ausgebrochen war, mit ihren schwerwiegenden Folgen spielt die malische Armee eine zentrale Rolle.

EIN KONFLIKT MIT SCHWERWIEGENDEN KONSEQUENZEN FÜR DIE MENSCHLICHE SICHERHEIT IN DER SAHELZONE

Mit der Niederlage der malischen Armee im Norden des Landes sieht sich die Sahelzone insgesamt zunehmend einer Vielzahl von Bedrohungen ausgesetzt. Bereits zuvor galt ein sehr großes Gebiet – zwischen Nordmali und Westafrika sowie bis nach Marokko und Ägypten reichend – als Drehscheibe für den illegalen Handel und Schmuggel. Vorkommnisse wie die Landung eines unter dem Namen Air Cocaine berühmt-berüchtigt gewordenen Drogenflugzeugs aus Südamerika auf einer eigens präparierten Piste im Jahr 2009 machten wiederholt deutlich, dass es dem Zentralstaat nicht gelingt, das malische Staatsgebiet zu kontrollieren. Islamistische Gruppierungen finden dort ebenso wie Drogenhändler ein für den illegalen Handel, für Entführungen und die Ausbildung von Dschihad-Kämpfern ausgesprochen günstiges Niemandsland. Die Durchlässigkeit der Grenzen sowie, in Ergänzung dessen, die Zusammenarbeit zwischen radikalen Islamisten und Drogenhändlern führt in den Weiten des Sahel zur Entstehung einer „rechtsfreien Zone“.¹ Jüngste Ereignisse wie die Entführung von Geiseln, Ermordungen oder die Anschläge in Mauretanien weisen bereits auf eine gut entwickelte, durch niemanden kontrollierte Organisation dieser Gruppierungen hin. In der Zwischenzeit bleiben die menschliche Sicherheit bedrohende Probleme wie die Dürre und die daraus resultierende Nahrungsmittelknappheit ungelöst.

Alle Beobachter sind sich einig, dass sich die Versorgungssituation in der gesamten Subregion verschlechtern wird, wenn die Krise durch ein militärisches Eingreifen mit ungewissem Ausgang weiter in die Länge gezogen wird. So sind nach jüngsten Schätzungen der Vereinten Nationen

1 | Hacen Ould Lebat, „Généalogie d’Al-Qaida au Maghreb islamique“, *Les Cahiers de la Revue Défense Nationale*, Paris, May 2011.

beispielsweise fast eine Million Senegalesen von der Nahrungsmittelknappheit in der Sahelzone betroffen. Noch konzentrieren sich Flüchtlingsströme auf andere Länder wie Niger oder Mauretanien, wo sie nicht zuletzt das politische Gleichgewicht bedrohen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist kaum vorhersagbar, wie sich die Rolle des benachbarten Senegal auswirken wird, zumal nach der Aufnahme von ATT. Ob dies für die Achse Bamako-Dakar von Vorteil oder von Nachteil sein wird, hängt letztlich davon ab, welches Schicksal der Militärjunta langfristig beschieden sein wird.

Auf diplomatischer Ebene lassen sich bereits „indirekte Auswirkungen“ der Krise in der Sahel-Zone feststellen, die mit der auf gewaltsamem Wege forcierten Rückkehr der Elfenbeinküste auf die subregionale Bühne zusammenfällt, dem Konkurrenten Senegals um die regionale Vorherrschaft. Diese Rivalität, die sich vor dem Hintergrund einer möglichen Konfliktlösung abzeichnet, stellt in aller Deutlichkeit die Fähigkeit der ECOWAS auf die Probe, ihrer Aufgabe in diesem multidimensionalen Konflikt gerecht zu werden.

DIE MIT EINER ISLAMISCHEN RADIKALISIERUNG IM SAHEL VERBUNDENEN SICHERHEITSRISIKEN

Die Besonderheit der Sahelzone liegt in ihrer Lage an der Schnittstelle zwischen der Arabischen Welt und Subsahara-Afrika. Sie ist naturgemäß arabischen Einflüssen ausgesetzt, wobei die Religion für die unterschiedlichsten Zwecke instrumentalisiert wird.² Die lange Zeit aufrecht erhaltene Illusion einer Subsahara-Region, die sich den Einflüssen und Strömungen innerhalb der arabischen bzw. muslimischen Welt entzieht, wurde sowohl durch die Geschichte als auch durch die auf das Ende des Ost-West-Konfliktes folgenden Ereignisse Lügen gestraft. De facto war die Sahara zu keinem Zeitpunkt ein unüberwindliches Hindernis, sondern vielmehr ein „Binnenmeer, das von jeher dazu einlädt, von einem Ufer zum anderen überzusetzen“, wie es Henri Labouret einmal formulierte.

2 | Cf. Bakary Sambe, „L’islam dans les relations arabo-africaines“, Institut d’Études politiques de Lyon 2, Lyon, 2003, 28.



Proteste in Mali gegen Al-Qaida und die Scharia. | Quelle: Maghreb-ia / flickr (CC BY).

Als die AQMI in den maghrebischen Gesellschaften in Erscheinung trat, war davon auszugehen, dass sie ihre Operationen schon bald auf den Süden der Sahara ausdehnen würde. Dazu kommt, dass im Zuge einer bestimmten geopolitischen Umorientierung sowohl strategische als auch wirtschaftliche Begehrlichkeiten hinsichtlich dieses Bereichs der Sahelzone geweckt wurden, die umfangreiche Bodenschätze und Energieressourcen beherbergt. Das Aufeinandertreffen verschiedener Interessenslagen dürfte daher zwangsläufig zu Auseinandersetzungen führen. Auch der Kampf um die ideologische Einflussnahme vor dem Hintergrund religiöser Antagonismen wird sich verschärfen. Die zahlreichen Warnungen vor der Gefahr einer ideologischen Konfrontation werden sich angesichts der inzwischen aktiv gewordenen radikal-islamischen Gruppierungen und vor allem der terroristischen Aktivitäten und Geiselnahmen in diesem ausgedehnten Gebiet mit seinen durchlässigen Grenzen sicher noch als berechtigt erweisen.

DER ALTE PLAN ZUR ERRICHTUNG EINES WAHHABITISCHEN HERRSCHAFTSGEBIETS IM SAHEL

Von Saudi-Arabien ausgehend versuchen Organisationen, die sich um einen Status als NGO bemühen, auf internationaler Ebene der wahhabitischen Ideologie den Weg zu bereiten. Den bruderschaftlichen, traditionellen Islam, wie er

Trotz zahlreicher Warnungen wurden niemals Maßnahmen getroffen, um der Errichtung eines wahhabitischen Einflussgebietes Einhalt zu gebieten. Der Einflussbereich des radikalen Islam ist mittlerweile klar erkennbar.

in vielen Regionen der Sahelzone praktiziert wird, stellen sie in Frage.³ Die Verfechter des internationalen Wahhabismus arbeiten bereits seit geraumer Zeit an einem Plan zur Errichtung eines wahhabitischen Einflussge-

biets in Afrika. Allerdings wurden trotz der zahlreichen Warnungen niemals Maßnahmen getroffen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, die nun in allen Ländern der Sahelzone Sorge bereitet. Der Einflussbereich des radikalen Islam ist mittlerweile klar erkennbar. Es handelt sich um eine Achse Eritrea-Khartum, die das „christliche“ Äthiopien einkreist, weiter über N'Djamena in die aktuellen Nordprovinzen Nigerias, wo die Scharia Anwendung findet, führt und sich durch die vom Islamismus betroffenen Länder Niger und Mali in den Senegal erstreckt. Dakar hat zweimal den Gipfel der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) ausgerichtet, hier befindet sich auch der Regionalsitz der Islamischen Weltliga. Bislang beschränkten sich die von arabischen Geldgebern finanzierten islamischen Bewegungen auf mit dem Staat konkurrierende Aktivitäten in den Bereichen Bildung und Wohlfahrt, wo die jeweiligen Regierungen sich schwer taten, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Angesichts der jüngsten Umwälzungen in der Subregion und der Auswirkungen, die sich aus dem Zusammenschluss dschihadistischer Gruppierungen mit Al-Qaida ergeben, geben diese Bewegungen mittlerweile Anlass zur Sorge. Da die salafistische und wahhabitische Ideologie mit ihrem dschihadistischen und gewalttätigen Gedankengut in der Subregion fest verankert ist, könnte es jederzeit dazu kommen, dass einzelne Personen oder Gruppierungen ihre Vorstellungen in die Tat umsetzen.

SAHELZONE ALS ZIELSCHEIBE DES TERRORISMUS

Mit ihren terroristischen Aktivitäten in der Sahelzone konkurrenziert die AQMI die westlichen Interessen in der Region. Der Senegal, der eine Reihe von Parallelen zu Mali aufweist, stellt in diesem Kontext einen Sonderfall dar. Obwohl

3 | Vgl. Bakary Sambe, „Pour une ré-étude de l’islam au Sud du Sahara“, *Prologues, revue maghrébine du livre*, Nr. 34, 2005, 18.

das Land für eine tiefe Verwurzelung der arabischen und islamischen Länder und Organisationen in Afrika steht (OCI, ISESCO, Islamische Weltliga oder die libysche World Islamic Call Society), bleibt es ein traditioneller Verbündeter des Westens. Gleiches lässt sich auch von Mauretanien, aber auch vom Tschad und vom Niger behaupten. Diese Länder der Sahelzone besitzen in dieser Frage Ähnlichkeit mit den arabischen Ländern (Saudi-Arabien, Golfstaaten, Marokko, Ägypten, Tunesien), die als vermeintliche „Agenten des Westens“ im Visier der Al-Qaida stehen.

Eine genaue Analyse muss sich allerdings nicht nur zwingend mit diesen geopolitischen Aspekten auseinandersetzen, sondern auch die ideologische und soziologische Dimension dieses vielgestaltigen Phänomens berücksichtigen. Dies scheint gegenwärtig in den Sicherheitsbehörden der Länder in der Sahelzone noch nicht der Fall zu sein, obwohl man sich die Frage nach einem möglicherweise besonders geeigneten Nährboden für die Entstehung von Gruppierungen wie der AQMI durchaus stellen müsste. Es gibt ausreichend Hinweise darauf, dass in den verschiedenen Ländern der Sahelzone jederzeit zwei Arten von Netzwerken in Erscheinung treten können: Erstens ideologische, zweitens operative Netzwerke – dies trotz der Absicherung durch das System eines bruderschaftlichen, traditionellen Islam, der mittlerweile zur Zielscheibe der Islamisten geworden ist (Timbuktu) und der bislang eine Radikalisierung mehr oder weniger zu verhindern vermochte.

Das System eines bruderschaftlichen, traditionellen Islam ist zur Zielscheibe der Islamisten geworden. Dieser vermochte bislang eine Radikalisierung mehr oder weniger zu verhindern.

Französische Experten für den afrikanischen Islam gehen im Wesentlichen weiterhin von einer Zweiteilung des religiösen Umfeldes im Senegal aus: auf der einen Seite ein bruderschaftlicher Islam und auf der anderen Seite Reformbewegungen wie die Muslimbrüder oder salafistisch-wahhabistische Gruppierungen saudischer Herkunft, die dazu in Konkurrenz stehen und diesen in Frage stellen. Die Entwicklungen in diesem Bereich sowie die wechselseitige Durchdringung der einzelnen Strömungen und die sehr unterschiedlichen Vorgehensweisen der einzelnen Akteure fanden bislang nicht in ausreichendem Maß Berücksichtigung.

DIE SAHELZONE: IDEOLOGISCH BEREITS EROBERTES GEBIET?

Vor diesem Hintergrund glauben viele noch an einen bruderschaftlichen Sufi-Islam, der als Bollwerk gegen den islamischen Extremismus dient. Die Bruderschaft, die in Ländern wie dem Senegal noch eine tragende Rolle spielt, hat in Mali oder auch im Niger, wo die islamische Universität des Sahel unter ideologischer Kontrolle der Wahhabiten ihren Sitz hat, kaum noch Gewicht.

Zwar gibt es noch vermittelnde Institutionen wie die Marabouts im Senegal und andere religiöse Anführer, die den Einfluss der von Petrodollars finanzierten wahhabitischen Ideologieoffensive durch die Sozialarbeit islamischer Vereinigungen einzudämmen vermögen. Diese sind vor allem in Bereichen aktiv, in denen der Wohlfahrtsstaat nur allzu oft versagt – Bildung und Soziales. Viele Geldquellen sind nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der damit einhergehenden verschärften Überwachung versiegt, nicht zuletzt auch, weil die Mittel vieler Geldgeber, vor allem aus dem Golf-Raum (Saudi-Arabien, Emirate), eingefroren wurden.

Doch allzu oft wird übersehen, dass im Zuge der Entstehung einer arabischsprachigen Elite (Niger, Mali, Senegal, Tschad) an den arabischen und/oder islamischen Universitäten die Vorherrschaft der französischsprachigen Beamten zunehmend in Frage gestellt wird, da diese für den Niedergang dieser Länder seit ihrer Unabhängigkeit verantwortlich gemacht werden, und

Der Mythos eines „islamischen Bewusstseins“ ist zu einer authentischen politischen Strömung geworden, die verschiedene externe Ideologien in sich vereint: Salafismus, Wahhabismus, aber auch Schiismus bzw. Dschihadismus.

der Mythos eines „islamischen Bewusstseins“ um sich greift, der sämtliche Bereiche durchdringt, auch den bruderschaftlichen Islam. Dieser Mythos ist zu einer authentischen politischen Strömung geworden, die verschiedene externe Ideologien in sich vereint: Salafismus, Wahhabismus, aber auch einen eher konturenlosen Schiismus bzw. Dschihadismus. Hinzu kommt, dass viele vom bruderschaftlichen Sufi-Islam enttäuscht sind, der sich zu oft auf die Seite der politischen Machthaber geschlagen hat, und sich gemäß dem kolonialen Erbe vermehrt einem „rationalen“ Islam zuwenden, der seine Anhänger immer häufiger auch aus der frankophonen Elite rekrutiert. Dies

hat offenbar paradoxerweise zu einer „Elitisierung“ des Extremismus und der Entstehung einer Art „Ingenieursislam“ wie in Algerien oder im Nahen Osten geführt.

Diese Sahel-übergreifende Bewegung ist für die Forderungen des weltweiten Islamismus ausgesprochen empfänglich (Palästina-Frage, Anti amerikanismus). Als Randgruppe erhält sie massiven Zulauf durch jene, die zu Opfern der sozialen Missstände und der dramatischen Folgen der Wirtschaftskrise geworden sind, während sich die Kluft zwischen herrschender Klasse und verarmter Bevölkerung immer weiter vertieft. All dies schafft die soziologische und ideologische Basis für Gruppen wie die AQMI.

Die Staaten der Sahelzone scheinen die Gefahr einer solchen Dynamik nicht zu erkennen und haben diesen religiösen Aspekt niemals in ihre Sicherheitspolitik einbezogen. Bisweilen schlagen allerdings die verbündeten Westmächte Alarm. Mittlerweile warnt eine große Zahl von Experten vor den Gefahren eines dualen Bildungssystems, das in eine institutionelle Schulbildung unter staatlicher Obhut und eine parallele Ausbildungsstruktur („arabische Schulen“ und „Koranschulen“) zerfällt, die sich der staatlichen Überwachung entzieht. Diese Tatsache wird nicht nur mittelfristig Probleme hervorrufen, sondern eine gesellschaftliche Spaltung herbeiführen, an deren Ende Nationalstaaten ohne nationalen Zusammenhalt stehen werden.

Experten warnen vor den Gefahren eines dualen Bildungssystems, das in eine institutionelle Schulbildung unter staatlicher Obhut und eine parallele Ausbildungsstruktur zerfällt, die sich der staatlichen Überwachung entzieht.

Die Krise in Mali hat letztlich zahlreiche Fragen hinsichtlich der Überlebensfähigkeit der Staaten, der Verantwortung für ihre Bürger und ihre allgemeine Sicherheit aufgeworfen. Vor diesem Hintergrund wird die Lösung der Krise als zwingend erforderlich angesehen, und zwar unter Mitwirkung sämtlicher Nachbarstaaten. Trotz aller diplomatischen Rivalitäten und Kämpfe um die Vorherrschaft scheinen die Staaten in der Subregion darum bemüht zu sein, gemeinsam und zügig einen Ausweg aus der Krise zu finden, auch wenn dies nicht einfach zu werden droht.

DIE LÖSUNG DER KRISE IN MALI: EIN DIPLOMATISCHES KUNSTSTÜCK DER ECOWAS?

Der Einfluss, den die ECOWAS in dieser Krise ausüben kann, erklärt sich durch das Subsidiaritätsprinzip. Denn internationale und regionale Organisationen sind die ersten Ansprechpartner, wenn es um die Vermeidung, die Beilegung und das Management von Krisen und Konflikten geht, die in ihrem Einflussbereich entstehen. Das Krisenmanagement in diesem Fall hat allerdings eher chaotische Züge. Der ECOWAS fehlt es offenkundig an einer Strategie. Im Vorfeld der Krise gab es keinerlei Präventivmaßnahmen zur Unterstützung der malischen Armee nach dem Einfall der „Invasoren“, obwohl die ECOWAS theoretisch über ein Krisenvorwarnsystem verfügt. Allerdings ist der ECOWAS zugutezuhalten, dass Mali sehr lange gezögert hat, bevor es am 3. September eine konzertierte Militäraktion beantragte – vermutlich aus Stolz, und dies auch nur seitens der Übergangsregierung, nicht seitens des Militärs. Im Verlauf der Krise fanden zahlreiche Gipfeltreffen auf höchster Ebene statt, ohne dass es zu greifbaren Ergebnissen gekommen wäre.

Zahlreiche Beispiele verdeutlichen das Fehlen einer Strategie der ECOWAS. Die Frage nach der Anerkennung der Militärjunta unter Oberst Sanogho ist weiterhin höchst problematisch. Die Anrufung des VN-Sicherheitsrats mit dem Ziel, die geplante Militärintervention von der Staatengemeinschaft absegnen zu lassen, zeugt von

Der Tschad, der in der ECOWAS über einen Beobachterstatus verfügt und dessen Armee im Wüstenkampf durchaus erfahren ist, wurde niemals in die offiziellen Verhandlungen einbezogen.

einer chronisch mangelhaften Vorbereitung. Der Antrag wurde vom Sicherheitsrat im Übrigen aufgrund des „Fehlens einer klaren militärischen Strategie seitens der ECOWAS“ abgelehnt. Darüber hinaus stellt sich die sensible Frage nach den für Mali bestimmten Waffen, die in den Hauptstädten einiger Mitgliedstaaten der ECOWAS zurückgehalten werden. Der Tschad, der in der Organisation über einen Beobachterstatus verfügt und dessen Armee im Wüstenkampf durchaus erfahren ist, wurde niemals in die offiziellen Verhandlungen der ECOWAS auf subregionaler Ebene einbezogen, was auch der Grund für seine Weigerung ist, sich zu engagieren, und auf eine schwere Vertrauenskrise zwischen den Beteiligten hindeutet.

Die ECOWAS kann ihren Ruf durch eine erfolgreiche Militärintervention sicher erneut aufbessern. Ein Problem wäre hierbei allerdings der Faktor Algerien. Ohne logistische Unterstützung aus Algier lässt sich eine erfolgreiche Militäroperation in Nordmali nicht gewährleisten. Schließlich war es Algerien, das jahrzehntelang ein Festsetzen Gaddafis in Nordmali zu verhindern verstand. Auch hier lassen sich Gründe für das Versagen der ECOWAS finden, wenn man die jüngste institutionelle Krise der Organisation bedenkt, die sich auch negativ auf ihr Engagement in der Mali-Frage ausgewirkt hat. Letztlich kann die ECOWAS ohnehin nur mit Unterstützung strategischer Partner (USA, Frankreich, UNO, AU und EU) ihr Gesicht wahren. Von einer Lösung dieser mehrdimensionalen Krise, die für die Stabilität in ganz Westafrika so große Gefahren birgt, sind alle Beteiligten weit entfernt.

FAZIT

Das diplomatische Versagen in der Subregion und die fehlende Überwachung durch bestimmte Geheimdienste, die erst kürzlich durch den Handel mit iranischen Waffen (Senegal-Gambia) offenbar wurde, sowie die Einrichtung dschihadistischer Ausbildungslager in Nordmali zeigen deutlich, dass die Länder der Sahelzone die Entwicklung der Lage nur bedingt beeinflussen können. Die Einbindung zahlreicher betroffener Sahel-Staaten in das westliche Lager (USA, Frankreich) und vor allem die umfangreichen französischen Interessen im frankophonen Teil Afrikas machen aus der Sahelzone eine naheliegende Zielscheibe. Hinzu kommt, dass das Gebiet vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen und sozialen Krise empfänglich ist für Ideologien und über nicht überwachte Netzwerke verfügt, was von dschihadistischen Gruppierungen wie der AQMI, Ansar Dine und der neuen Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika (MUJAO) sicher ausgenutzt werden wird.

Die Sahelzone ist, vor allem vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen und sozialen Krise, empfänglich für Ideologien.

Aus diesen Gründen insgesamt sieht sich die Subregion in einer geopolitischen Situation, die zu einer Überprüfung der Sicherheitsparadigmata und der Herangehensweise bezüglich der Überlebensfähigkeit politischer Räume führen

muss: das Aufeinanderprallen des Souveränitätsprinzips der Staaten und der Transnationalität der Akteure, die alle bisherigen nationalstaatlichen Vorstellungen in Frage stellt.